

## WAFFENSTILLSTANDSSZENARIO

Wenn sich Bundesaußenminister Johann Wadephul mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow wieder einmal treffen sollte, könnte er ihm etwas Neues vorlegen, einen mit der Ukraine abgestimmten Waffenstillstandsvorschlag:

Durch eine Änderung der russischen Verfassung am 4. Oktober 2022 wurden die vier ostukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja völkerrechtswidrig in den russischen Staatsverband aufgenommen. Folgende Teile der genannten Gebiete sind bis heute noch nicht in russischer Hand:

- *Donezk* – darunter Gebiete um Kramatorsk und Slowjansk,
- *Saporischschja* – insbesondere die Stadt Saporischschja und umliegende Gebiete,
- *Cherson* – vor allem das rechte westliche Ufer des Dnipro,
- *Luhansk* – hier hält Russland nach aktuellen Lagekarten den größten Teil; die verbliebenen ukrainisch kontrollierten Bereiche sind klein und nahe der Front.

Flächenmäßig am größten und für die Ukraine militärisch bedeutsam, weil der dortige ukrainische Festungsgürtel den russischen Truppen ein relativ leichtes Vordringen nach Kiew verhindert, sind 19 % des Gebiets Donezk, die noch nicht von russischen Truppen erobert worden sind.

Wenn der russische Präsident Wladimir Putin einem Waffenstillstandsabkommen zustimmen würde, mit dem Moskau bestätigt, dass es nach fünf Jahren Krieg ein Fünftel derjenigen Territorien, die laut Verfassung zum russischen Staatsverband gehören, militärisch nicht vollständig erobern konnte, würde er bei der russischen Bevölkerung als Verlierer des Ukraine-Krieges dastehen. Demzufolge müsste die ***Ukraine in einem Waffenstillstandsabkommen, dem Russland zustimmt, die noch von ihr gehaltenen Territorien dieser Gebiete an Russland abtreten.*** Die Kampfhandlungen, die Russland schätzungsweise monatlich 40.000 Tote sowie Verwundete und die Ukraine schätzungsweise monatlich 13.000 Tote sowie Verwundete - ohne zivile Opfer - kosten, wären dann zuende.

Die Ukrainer in den Russland überlassenen Territorien, die nicht unter dem neo-totalitären russischen politischen System leben wollen, können in die Ukraine gehen, wo ihnen geholfen wird, eine neue Existenz aufzubauen. Für zurückgelassene Immobilien usw. werden sie entschädigt. Die Gesamtkosten dafür trägt die Europäische Union. ***Die Ukraine, die Europäische Union und weitere westliche Staaten erkennen die von der Ukraine Russland überlassenen Gebiete und die Krim nicht als völkerrechtlich zum russischen Staatsverband gehörend an.***

Da der russische Präsident Wladimir Putin in der Ukraine einen Krieg gegen das demokratische und freiheitliche westliche System führt und weil deshalb zu befürchten ist, dass er nach ein paar Jahren versuchen wird, militärisch weitere Gebiete der Ukraine zu erobern, denn die Ukraine ist aus seiner Sicht kein selbständiger Staat, sondern Teil des russischen Imperiums, muss die ***Waffenstillstandslinie militärisch gesichert werden. Im Auftrag der Vereinten Nationen*** würden Soldaten mit schwe-

rem Gerät und mit dem Mandat zur Selbstverteidigung aus den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Polen, den Baltischen Staaten, Finnland, Schweden, Norwegen und Kanada diese Aufgabe übernehmen. Diese Länder sind dann besonders eingeladen, beim Wiederaufbau der Ukraine mitzuwirken durch Investitionen usw. ***Die von der Europäischen Union eingefrorenen 210 Milliarden Euro der russischen Zentralbank werden für Investitionen in den Wiederaufbau der Ukraine freigegeben.***

Die ***Europäische Union beschleunigt den Beitritt der Ukraine zur EU.*** Die Ukraine intensiviert die schonungslose Bekämpfung der Korruption in ihrem Land.

Ein Waffenstillstandsabkommen ist kein Friedensvertrag, sondern die Voraussetzung für Friedensverhandlungen. In dem Maße, in dem sich Russland konstruktiv an Friedensverhandlungen beteiligt, werden die westlichen Sanktionen gegen Russland schrittweise gelockert. Es kann aber auch sein, dass es gar nicht zu Verhandlungen über einen gerechten Frieden kommt. 1953 einigten sich Nord- und Südkorea auf einen Waffenstillstand. Bis heute herrscht zwischen beiden Ländern immer noch der Kriegszustand, weil keine Friedensverhandlungen zustande kamen.